

Am Thema Fusion scheiden sich die Geister

Reform Gutachten bescheinigt Ehe zwischen Boppard und St. Goar-Oberwesel langfristig Einspareffekte – Bersch: Stadt muss draufzahlen

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Mittelrhein.** Bei einer Fusion zwischen der Stadt Boppard und der VG St. Goar-Oberwesel gibt es erhebliches Einsparpotenzial bei den Personalkosten in der Kernverwaltung und beim Bauhof. Dies geht aus dem vom Land bestellten Gutachten des Fachbüros Dornbach & Partner hervor, das Vertreter der Firma in der Bopparder Stadthalle vorstellten. Auch die Zusammenlegung der Abwassersysteme sorgt für Synergieeffekte.

Auf 20 Beamte und Angestellte könnte laut Expertise die Verwaltung einer fusionierten VG Boppard/St. Goar-Oberwesel gut und gerne verzichten. Eine Million Euro ließen sich gegenüber dem derzeitigen Personalstand in beiden Verwaltungen einsparen – allerdings kommt der volle Einspareffekt erst in 24 Jahren zur Geltung.

Um eine Viertelmillion Euro preiswerter könnte die Abwasserbeseitigung werden, wobei aller-

dings die Zusammenführung der grundverschiedenen Systeme nicht ganz einfach zu bewältigen ist. Boppard erhebt – anders als die Verbandsgemeinden – keine einmaligen Beiträge, was den Bürger in kurzfristiger Perspektive stärker belastet. So zahlt ein

„Mir kann doch keiner erzählen, dass sich die Rheingemeinden Spay, Brey und Rhens in der VG Untermosel gut aufgehoben fühlen“

FWG-Stadtratsmitglied Jürgen Schneider plädiert für eine gemeinsame linksrheinische VG von Rhens bis Oberwesel.

Drei-Personen-Haushalt (Einfamilienhaus mit 600 Quadratmetern Grundstück) laut Gutachten in St. Goar-Oberwesel 360,90 Euro fürs Abwasser, in Boppard dagegen 428,75 Euro im Jahr. Beim Zusammenschluss würde sich in Goar-Oberwesel die Belastung der Bürger für die Abwasserbeseitigung erhöhen, in Boppard verringern.

Doch insgesamt gesehen müssen die Bopparder Bürger gegenüber der Nachbar-VG fünfmal so hohen Steuerkraft ihre Stadt erheblich mehr Finanzmittel in die neue VG einbringen als jetzt. „Boppard muss auf jeden Fall draufzahlen“, lautete das Fazit von Bürgermeister Walter Bersch zur Gutachten. „Dass wir Wunsch kandidat sind, kann ich wegen unserer hohen Steuerkraft gut ver-

stehen“, sagte BfB-Vorsitzender Jürgen Mohr. Er warb vehement darum, am „Erfolgsmodell verbandsfreie Stadt“ festzuhalten.

Hintergrund: Die Experten hatten vom Innenministerium den Auftrag erhalten, einen Zusammenschluss zwischen Boppard und seinen beiden rheinischen Nachbarn zu analysieren. Denn sowohl St. Goar-Oberwesel als auch Rhens sind wegen ihrer geringen Einwohnerzahl gehalten, sich einen Partner zu suchen. Wenn ihnen das bis 2014 nicht gelingt, droht eine Zwangsfusion.

Gleich vier Gutachten, in denen Boppard im Zentrum steht, haben die Experten von Dornbach & Partner vorgelegt. Die eine Variante bequatscht einen Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Boppard mit der jeweiligen Nachbar-VG zu einer neuen Verbandsgemeinde. Die zweite setzt vor der Fusion eine Umwandlung von Boppard in eine VG voraus. Doch dafür fehle nicht nur jede gesetzliche Grundlage, es gebe bundesweit auch kein Vorbild, wie eine Umwandlung einer aus zehn Ortsbezirken bestehenden verbandsfreien Stadt in eine VG vonstatten gehen soll, teilte ein Vertreter des Fachbüros mit.

Daher kann man davon ausgehen, dass im Fall einer Fusion die Stadt Boppard, wie sie lebt und lebt, als Ortsgemeinde Teil einer neuen VG wird. Da der Zug nach Rhens offensichtlich abgefahren ist, bleibt nur noch St. Goar-Oberwe-

sel als Partner. Zumal für den südlichen Nachbarn jede andere Liaison schon im Ansatz gescheitert ist.

Trotz aller Schwierigkeiten in Detailfragen ist der Bürgermeister einer Fusion mit St. Goar-Oberwesel nicht grundsätzlich abgeneigt. Das Volk von Boppard soll aber darüber entscheiden, betonte Bersch während der Einwohnerversammlung mehrmals.

Dass es bei einer Fusion um mehr geht als um Einspareffekte und Verwaltungseffizienz, machte Jürgen Schneider von der FWG deutlich. Es gehe jetzt um die große Chance, das Kirchturmdenken zu überwinden und den linken Mittelrhein weiterzuentwickeln. Schneider nannte den geplanten Zusammenschluss von Braubach und Loreley als Vorbild und sprach sich für die Neubildung einer VG aus, die sich von Rhens bis Oberwesel erstreckt. Nur so könne es gelingen, die verbindenden Elemente wie Welterbe, Tourismus und Weinbau offensiver zu behandeln, die Zusammenarbeit bei Leader oder im Zweckverband effektiver zu gestalten und das gemeinsame Bahnlärmproblem besser zu lösen.

Dem stimmte Wolfgang Spitz (CDU) ohne Abstriche zu: „Wir haben die gleichen Interessen und dieselben Probleme“. Für Jürgen Mohr ist dies aber kein Grund für eine Fusion. „Man kann Synergien entwickeln im Tourismus oder im Weinbau – aber dafür muss man nicht heiraten.“

Kommentar siehe nächste Seite

Zahlengewusel führt nicht weiter

Jetzt liegen sie also vor, die 680 Seiten Expertenwissen über das fiskalische Innenleben von Boppard, Rhens und St. Goar-Oberwesel und der Transfer des Zahlenkonglomerates auf künftige fusionierte Gebilde. Aber der Bürger von Boppard weiß über seine kommunalpolitischen Zukunft auch nach der Einwohnerversammlung so wenig Bescheid wie zuvor. Die Gutachter können nichts dafür. Sie haben nur das getan, wofür sie vom Land bezahlt wurden – und keinen Schlag mehr. Warum haben sie nur das Haushaltsjahr 2009 analysiert (ein völlig untypisches Jahr für Boppard) und nicht fünf Haushaltsjahre? Das hätte doch ein genaueres Bild ergeben, sagte Stadtratsmitglied Klaus Brager (Grüne). Weil sie den Auftrag hatten, das Jahr 2009 zu analysieren, lautete die lapidare Antwort. Kein Wun-



Wolfgang Wendling
zur Gebietsreform

der, dass für den Normalbürger alles ziemlich diffus war, was da an die Wand der Bopparder Stadthalle projiziert wurde. Am Ende bleibt die Frage: Welche Lehren sollen wir, die Bürger und die Politiker, aus den Gutachten ziehen? Am besten keine. Denn was soll man damit anfangen, wenn man erfährt, durch eine

Fusion ließen sich in 24 Jahren (!) in der Verwaltung eine Million Euro einsparen. Nein, Das Zahlengewusel führt nicht weiter. Vielleicht sollte man Willy Brandts berühmten Satz als Zielvorgabe übernehmen: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Man könnte sich dann auch noch den massiven Bevölkerungsschwund gerade am Mittelrhein vor Augen führen. Vielleicht kommt man dann zur Erkenntnis: In größeren Einheiten lässt sich unsere gemeinsame Zukunft besser gestalten.